

Anträge 37. Landesparteitag die Linke Bremen und Bremerhaven

Im folgenden dokumentieren wir die Anträge an den 36. Landesparteitag der Linken Bremen und Bremerhaven

Inhaltsverzeichnis

L - Leitantrag

L 01-1 -01	Änderungsantrag zu L 01-1	14
L 01-2 -01	Änderungsantrag zu L 01-2	15
L 01-2 -02	Änderungsantrag zu L 01-2	16
L 01-2 -03	Änderungsantrag zu L 01-2	17

A - Anträge an den Parteitag

A 15	Rote Linien in einer Roten Regierung!	5
A 16	Gegen Krieg und Unterdrückung Für einen auf Gerechtigkeit basierenden Frieden	7
A 17	Die Linke Bremen setzt sich für die Aufnahme hilfs- und schutzbedürftiger Menschen aus Gaza und dem Westjordanland in Bremen ein.	11
A 02 -08	Änderungsantrag zu A 02	18
A 02 -09	Änderungsantrag zu A 02	19
A 08 -01	Änderungsantrag zu A 08	20

W - Wahlprogramm

W 01 Antragsfristen Wahlprogramm

21

O - Anträge mit Organisationsbezug

O 03 Anpassung der Beitragstabelle

13

Antrag A 15: Rote Linien in einer Roten Regierung!

Antragsteller/in:	Linksjugend Bremen
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	A - Anträge an den Parteitag

Der Landesparteitag möge beschließen:

- 1 In Zeiten des Rechtsrucks und der immer stärker werdenden sozialen Ungerechtigkeit
2 in unserer Gesellschaft stehen wir vor einer der wichtigsten Wahlen seit
3 Langem. Darum ist es umso wichtiger, geschlossen, voller Kraft, aber auch selbst
4 reflektiert in den anstehenden Wahlkampf zu starten. Deshalb möchten wir als
5 Linksjugend [‘solid] Bremen, basierend auf aktuellen Themen der Landespolitik sowie
6 vergangenen Fehlritten, im Folgenden rote Linien für eine neue
7 Regierungsbeteiligung definieren. Diese sollen unsere Glaubwürdigkeit gegenüber den
8 Menschen im Land, die wir auffordern, uns zu wählen, stärken und gleichzeitig
9 unseren moralischen Anspruch an uns selbst, Politik für alle Menschen zu machen,
10 sichern.
- 11 • Ein Stopp aller Abschiebungen aus dem Land Bremen. Abschiebungen stellen einen
12 grundsätzlichen Bruch mit linken Grundsätzen und unserem eigenen
13 Parteiprogramm dar. „Menschen, die vor Menschenrechtsverletzungen, Kriegen und
14 politischer Verfolgung geflohen sind, dürfen nicht abgewiesen oder abgeschoben
15 werden. Wir fordern die Wiederherstellung des Grundrechts auf Asyl und kämpfen
16 gegen die Illegalisierung von Flüchtlingen, gegen Abschiebungen, jede Form von
17 Sondergesetzen wie die Residenzpflicht sowie gegen Sammellager.“ –
18 Grundsatzprogramm Die Linke
- 19 • Eine entschlossene Ablehnung der Stärkung des Polizei- und Überwachungsstaats.
20 Systeme wie Palantir oder andere Formen der Massenüberwachung dürfen nicht als
21 sicherheitsbringende Maßnahmen missverstanden werden, denn sie dienen nicht
22 nur der Erzwingung von Konformität im Hinblick auf gesellschaftlich
23 akzeptierte Normen, sondern beschneiden zugleich individuelle Freiheiten.
24 Allzu oft ist durch den Einsatz proprietärer Software nicht transparent, wie
25 die gesammelten Daten verarbeitet werden. Dadurch entstehen Szenarien, in
26 denen kapitalistischen Unternehmen ermöglicht wird, einseitig von den
27 sensiblen Daten der Bevölkerung zu profitieren. Darüber hinaus kann eine
28 gezielte Bekämpfung von Kriminalität nur durch emanzipatorische
29 Wiedereingliederungsprogramme statt durch kontinuierliche Repression erreicht
30 werden.
- 31 • (Jugend-)Kultureinrichtungen sowie soziale Hilfsprogramme, unter anderem zur
32 Unterstützung obdachloser Menschen, dürfen nicht gekürzt oder gestrichen
33 werden. Stattdessen sollte ein Ausbau angestrebt werden. Dasselbe gilt für
34 bildungspolitische Programme. Die junge Generation wurde bereits durch die

- 35 Corona-Pandemie und die Wiedereinführung der Wehrpflicht unverhältnismäßig
36 stark belastet. Aufgrund des demografischen Wandels besitzt sie im
37 Parlamentarismus kaum politische Mehrheiten. Deshalb muss es unsere Aufgabe
38 als linke Kraft sein, gerade junge Menschen zu repräsentieren und sie als mehr
39 anzusehen als bloße „Nachwuchsarbeitskräfte“.
- 40 • Auch mit Blick auf die sich kontinuierlich zuspitzende Klimakrise müssen
41 verkehrspolitische Entscheidungen stets den ÖPNV sowie platzsparende und
42 klimafreundliche Formen des Individualverkehrs gegenüber dem Auto fördern. In
43 diesem Zuge darf sich das Deutschlandticket für Bremer*innen auch ab 2027,
44 entgegen bisheriger Planungen, nicht bedarfsweise verteuern. Mobilität ist ein
45 essenzieller Bestandteil, um am kulturellen und sozialen Leben teilnehmen zu
46 können. Es darf nicht sein, dass sich immer weniger Menschen gesellschaftliche
47 Teilhabe leisten können.
 - 48 • Keine weitere Erhöhung der Semesterbeiträge. Zwei Drittel der Studierenden,
49 die allein wohnen, leben in Armut. Die letzten Erhöhungen der Semesterbeiträge
50 waren für viele bereits kaum finanzierbar. Im Zweifel stellt eine weitere
51 Erhöhung der Semesterbeiträge für viele ein unfinanzierbares Studium dar. Dies
52 würde insbesondere für Menschen aus armen Verhältnissen eine weitere Absage an
53 Chancen- und Bildungsgerechtigkeit bedeuten. Das darf unter keinen Umständen
54 geschehen.
- 55 Mit Nachdruck möchten wir mit diesem Antrag die zukünftigen Mandatsträger*innen
56 darum bitten, diese Linien nicht zu überschreiten. Wir erkennen die Relevanz von
57 Kompromissen innerhalb einer Regierungsbeteiligung an. Dennoch dürfen sich diese
58 niemals gegen den Kern unserer moralischen Selbstvorstellung richten. Sollten
59 Entscheidungen beschlossen werden, die diesen Grundsätzen entgegenlaufen, ist es
60 die Pflicht einer linken Fraktion, insbesondere in Regierungsverantwortung,
61 entschlossen zu bleiben

Begründung

Erfolgt mündlich

Antrag A 16: Gegen Krieg und Unterdrückung Für einen auf Gerechtigkeit basierenden Frieden

Antragsteller/in:	LAG Palästina-Solidarität/Westasien
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	A - Anträge an den Parteitag

Der Landesparteitag möge beschließen:

- 1 Der am 28. Februar 2026 begonnene Angriffskrieg Israels und der USA hat bereits
- 2 Tausende Tote und Verletzte in zahlreichen Ländern gefordert. Die bei weitem
- 3 höchsten Opferzahlen stammen aus dem Iran und dem Libanon. Der Krieg ist die
- 4 Fortsetzung einer auf Expansion und regionale Hegemonie ausgerichteten Politik der
- 5 Zerstörung, Kontrolle und Landnahme durch Israel und die USA, die nach dem 7.
- 6 Oktober 2023 in Gaza eskalierte.
- 7 Das Ziel des Krieges im Iran ist es, durch Flächenbombardements und gezielte
- 8 Tötungen von Regierungsmitgliedern einen Regimewechsel zu erzwingen und die
- 9 Machtverhältnisse in der Region grundlegend zu verändern. Die USA und Israel drohen
- 10 damit, eine ganze Nation zu vernichten, wenn der Iran sich ihnen nicht unterwirft.
- 11 Die daraus entstandene Eskalation der Gewalt mit Angriffen auf kritische
- 12 Energieinfrastruktur und Blockaden von Seefahrtsrouten hält die Weltwirtschaft im
- 13 Würgegriff und führt laut der Internationalen Energieagentur in die größte globale
- 14 Energiekrise der Geschichte.
- 15 Im Libanon drohen israelische Regierungsmitglieder damit, das Vorgehen aus Gaza zu
- 16 wiederholen. Das israelische Militär hat bereits 1,2 Millionen Menschen im Libanon
- 17 durch Evakuierungsaufforderungen und Bombardements vertrieben. Die israelische
- 18 Regierung strebt offen Pläne für ein Groß-Israel an.
- 19 Obwohl am 10. Oktober 2025 ein Waffenstillstand vereinbart wurde, werden in
- 20 Palästina weiterhin fast täglich Menschen getötet. Seitdem wurde das Gebiet des
- 21 Gazastreifens um mehr als 50 Prozent verkleinert. In den ersten zwei Jahren des
- 22 Genozids haben über 100.000 Palästinenser:innen ihr Leben verloren, mehrere
- 23 zehntausend werden vermisst. Unter den Todesopfern sind mehr als 22.000 Kinder.
- 24 Auch im Westjordanland verschärft sich die Lage. Der Siedlerkolonialismus zerstört
- 25 die letzten realen Voraussetzungen für einen souveränen, zusammenhängenden
- 26 palästinensischen Staat.
- 27 Bedeutung für unsere Praxis
- 28 *In Zeiten internationaler Kriege sowie nationaler Aufrüstung und Militarisierung*
- 29 *müssen wir als Linke eine starke Stimme für den Frieden sein. Wir fordern die*
- 30 *Bundesregierung auf, sich konsequent für einen sofortigen, tatsächlichen und*
- 31 *nachhaltigen Waffenstillstand an allen Fronten einzusetzen. Deutschland ist vö*
- 32 *lkerrechtlich dazu verpflichtet, keine Waffen in Konfliktregionen zu liefern und*
- 33 *aktiv zur Beendigung von Besatzung, Krieg und Unterdrückung beizutragen.*

34 *Dementsprechend fordern wir ein sofortiges und umfassendes Ausfuhrverbot für alle*
35 *Waffen und Dual-Use-Güter gegenüber Israel, einschließlich laufender vertraglicher*
36 *Verpflichtungen.*

37 *Wir fordern die unverzügliche Aussetzung des Assoziierungsabkommens zwischen der EU*
38 *und Israel. Grundlage hierfür sind einerseits die Feststellung der Europäischen*
39 *Kommission, dass Israel gegen Artikel 2 des Abkommens verstößt, und andererseits*
40 *Israels Missachtung der verbindlichen Anordnungen des Internationalen Gerichtshofs*
41 *(IGH) vom 24. Mai 2024.*

42 *Wir verurteilen die Kriege Israels und der USA, die eine vollständige Neuordnung*
43 *Westasiens zum Ziel haben und internationales Recht und Menschenrechte missachten.*

44 *Wir kämpfen für ausreichende humanitäre Versorgung der Zivilbevölkerung in Gaza und*
45 *den Wiederaufbau ziviler Einrichtungen und Infrastruktur. Wir fordern, dass*
46 *Geflüchtete aus Gaza und dem Westjordanland umgehend in Deutschland den*
47 *Flüchtlingsstatus erhalten und vor Abschiebung geschützt werden. Zu diesem Zweck*
48 *muss ein gesondertes Aufnahmeprogramm eingerichtet werden, das den Menschen einen*
49 *gesicherten Status und eine sichere Zukunft in Deutschland ermöglicht.*

50 *Wir lehnen den 20-Punkte-Plan der USA für Gaza, die UN-Resolution 2803 und das*
51 *sogenannte „Board of Peace“ ab. Diese zielen nicht auf einen gerechten Frieden ab,*
52 *sondern auf die Etablierung eines extern verwalteten Kontrollregimes, während*
53 *Ansprüche auf Selbstbestimmung, und Gleichberechtigung systematisch ausgeblendet*
54 *werden.*

55 *Spätestens seit dem Gutachten des Internationalen Gerichtshofs vom Juli 2024 und*
56 *der darauf aufbauenden Resolution der UN-Generalversammlung vom September 2024 wird*
57 *auf internationaler Ebene mit großer Klarheit vertreten, dass die israelische*
58 *Präsenz in den besetzten palästinensischen Gebieten völkerrechtswidrig ist und*
59 *beendet werden muss. Eine rechtmäßige Friedensordnung setzt daher das*
60 *unverzügliche, bedingungslose und vollständige Ende der Besatzung voraus.*

61 **Für gleiche Rechte in Westasien und überall**

62 *Seit Jahrzehnten fordert die palästinensische Bevölkerung das ein, was ihr*
63 *völkerrechtlich zusteht: gleiche persönliche und nationale Rechte innerhalb und*
64 *außerhalb Israels, das Ende der illegalen Besatzung sowie das Recht der*
65 *palästinensischen Flüchtlinge, in ihre Heimat zurückzukehren. Diese Forderungen*
66 *sind keine Verhandlungsmasse in einem Friedensprozess, sondern die politische*
67 *Grundlage für jede ernsthafte Friedenslösung.*

68 *Das israelische Nationalstaatsgesetz von 2018 schreibt jedoch fest, dass Israel ein*
69 *religiös definierter Nationalstaat mit exklusiv-ethnischem Charakter ist. Damit*
70 *verleiht dieses Gesetz diesem Staatsverständnis, das im politischen Zionismus und*
71 *der israelischen Staatspraxis verankert ist, Verfassungsrang. Es stellt insofern*
72 *die explizite Festschreibung eines Prinzips eines ethnisch definierten*
73 *Nationalstaats dar, das die israelische Politik seit der Staatsgründung geprägt*
74 *hat. Die Förderung von Besiedlung auf besetztem palästinensischen Land wird in dem*
75 *Gesetz zum nationalen Wert erhoben, während die kollektiven Rechte der*

76 palästinensischen Bevölkerung – insbesondere auf Selbstbestimmung, Gleichheit und
77 politische Souveränität – keine Anerkennung finden.

78 Wir als Linke dürfen vor der fortschreitenden Militarisierung und dem Rechtsruck in
79 Israel nicht die Augen verschließen. Menschenrechtsorganisationen wie Amnesty
80 International und B'Tselem sprechen von einem Apartheidsstaat. Das in diesem Jahr
81 verabschiedete Gesetz zur Todesstrafe, das in seiner konkreten Anwendung nahezu
82 ausschließlich Palästinenser:innen trifft, macht dies besonders deutlich.

83 Auch die palästinensische Gesellschaft und ihre dominierenden politischen Führungen
84 - PLO und Hamas - sind in den Jahrzehnten des Besatzungsregimes immer mehr
85 brutalisiert worden. Wir verurteilen die Praxis der Hamas ebenso wie ihre
86 militärischen Aktionen gegen die israelische Zivilbevölkerung.

87 Bedeutung für unsere Praxis

88 *Unsere primären politischen Bezugspunkte in Palästina und Israel sind die*
89 *zivilgesellschaftlichen, linken, feministischen und antikolonialen Kräfte.*

90 *Friedlicher Protest, internationale Solidarität sowie insbesondere Sanktions- und*
91 *Boycottmaßnahmen sind dabei wichtige Mittel politischer Auseinandersetzung.*

92 *Als Linke betrachten wir Säkularität und vollständige Gleichberechtigung für alle*
93 *als notwendige Merkmale eines demokratischen Staates und einer jeden echten Lösung*
94 *und müssen Lösungsansätze aus der Vergangenheit neu überdenken. Die Debatte um*
95 *gleichberechtigte Selbstbestimmung in Ein- oder Zweistaatenlösungen oder in*
96 *alternativen Modellen von Staatlichkeit möchten wir in der Partei ergebnisoffen und*
97 *solidarisch führen.*

98 *Als internationalistische, organisierende Klassenpartei orientieren wir unsere*
99 *Politik nicht an ethnischen oder nationalen Zuschreibungen, sondern an den Kämpfen*
100 *der arbeitenden Klassen. Auch im Kontext von Israel und Palästina sehen wir, dass*
101 *nationale Befreiung ohne soziale Transformation unvollständig bleibt. Die Befreiung*
102 *von Besatzung und Entrechtung ist untrennbar mit dem Kampf gegen Klassenherrschaft,*
103 *ökonomische Abhängigkeit und kapitalistische Ausbeutung verbunden.*

104 **Gegen Rassismus und Antisemitismus**

105 Die politische Verdrängung der Palästinenser:innen kulminierte in der Nakba im Jahr
106 1948, als der Staat Israel, mit deutlich mehr Mandatsgebiet als im UN-Teilungsplan
107 vorgesehen, gegründet wurde. Die historische Erfahrung wiederholter ethnischer
108 Säuberungen ist von zentraler Bedeutung für das palästinensische Selbstverständnis
109 und darf weder relativiert noch marginalisiert werden.

110 Gleichzeitig war der politische Zionismus seit dem späten 19. Jahrhundert auch eine
111 Reaktion auf den europäischen Antisemitismus, durch den Jüdinnen und Juden über
112 Jahrhunderte hinweg Opfer von Verfolgung, Unterdrückung und Mord wurden. Ob eine
113 Nationalbewegung, die eine Staatsgründung auf außereuropäischem Boden anstrebte,
114 die richtige Strategie sei, um Sicherheit für Jüdinnen und Juden zu gewährleisten,
115 wurde dabei von Beginn an kontrovers diskutiert.

116 Bedeutung für unsere Praxis

117 *In unserer Partei erkennen wir diese Ambivalenz an. Wir ermutigen zu Diskussionen*
118 *über den Zionismus als politische Ideologie, über Siedlerkolonialismus, das*
119 *Verhältnis von Antisemitismus und Antizionismus sowie über Formen des legitimen*
120 *Widerstands gegen Unterdrückung und Besatzung.*

121 *Wir führen strukturierte, transparente und vor Diffamierung geschützte*
122 *innerparteiliche Debatten zu Palästina und Israel. Politischen Kampagnen gegen*
123 *Genoss:innen treten wir gemeinsam entgegen. Wir stellen uns Antisemitismus,*
124 *antimuslimischem und antipalästinensischem Rassismus sowie politischen Repressionen*
125 *entschieden entgegen und lehnen die umfassende Kriminalisierung von*
126 *Palästinasolidarität in Deutschland ab.*

127 *Wir setzen uns für politische und kulturelle Projekte ein, die der*
128 *palästinensischen Kultur und Geschichte im deutschen öffentlichen Diskurs mehr*
129 *Sichtbarkeit verschaffen und stärken die Beziehungen zu den vielfältigen jüdischen*
130 *Verbänden und Akteur:innen in Deutschland.*

Begründung

--

Antrag A 17: Die Linke Bremen setzt sich für die Aufnahme hilfs- und schutzbedürftiger Menschen aus Gaza und dem Westjordanland in Bremen ein.

Antragsteller/in:	LAG Palästina-Solidarität/Westasien
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	A - Anträge an den Parteitag

Der Landesparteitag möge beschließen:

1 **Die Linke Bremen setzt sich für die Aufnahme hilfs- und**
2 **schutzbedürftiger Menschen aus Gaza und dem Westjordanland in**
3 **Bremen ein.**

4 Die Situation der Palästinenser und Palästinenserinnen im Gazastreifen ist
5 weiterhin unerträglich. Seit dem 07. Oktober 2023 wurden über 72.000 Menschen
6 getötet, darunter 20.000 Kinder. Dazu kommen über 172.000 Verletzte.
7 Wissenschaftliche Berechnungen gehen sogar von weit aus höheren Zahlen aus. Auch
8 nach dem angeblichen Waffenstillstand vom 10. Oktober 2025 ist die palästinensische
9 Bevölkerung täglichen Angriffen ausgesetzt. Das Gesundheitssystem wurde fast
10 vollständig zerstört und viele Menschen benötigen dringend ärztliche Versorgung,
11 die innerhalb des Gazastreifens nicht mehr zu realisieren ist. Laut der NGO Ärzte
12 ohne Grenzen warten etwa 15.600 Menschen auf eine medizinische Evakuierung. Auch im
13 Westjordanland spitzt sich die Situation täglich zu. Die UN verurteilte erst
14 kürzlich die Tötung von 70 palästinensischen Kindern seit Beginn 2025 durch
15 zunehmende israelische Siedlergewalt, bei der 850 weitere Kinder verletzt wurden.
16 Auch im Westjordanland kann unter den Bedingungen systematischer Unterdrückung
17 selten eine angemessene Behandlung gewährleistet werden.

18 Eine Initiative der Städte Hannover, Düsseldorf, Leipzig, Bonn und Kiel, der auch
19 Bremen sich anschloß, hat bereits im Sommer 2025 zur Aufnahme verletzter und
20 traumatisierter palästinensischer Kinder aufgerufen, wurde jedoch durch die
21 Bundesregierung ausgebremsst. Dabei wurden in Deutschland in der Vergangenheit immer
22 wieder vulnerable Personengruppen aus Kriegsgebieten wie der Ukraine oder dem Irak
23 aufgenommen.

24 Als Rüstungshochburg trägt Bremen eine besondere Verantwortung für unter Krieg und
25 Vertreibung leidende Menschen weltweit. Solidarität ist dabei ein unverzichtbarer
26 Kernbestandteil jeder antimilitaristischen Politik. Die Linke Bremen greift deshalb
27 die bisherigen Bemühungen auf und setzt sich für eine Aufnahme hilfs- und
28 schutzbedürftiger Menschen aus dem Gazastreifen und dem Westjordanland in Bremen
29 ein und kämpft zusammen mit anderen politischen und zivilgesellschaftlichen
30 Initiativen für einen bundesweiten Wandel der Asylpolitik und für mehr Engagement
31 für die Rechte der Palästinenser und Palästinenserinnen.

Begründung

-

Antrag O 03: Anpassung der Beitragstabelle

Antragsteller/in:	Christian Kok (KV Links der Weser · Nr. 5607)
Status:	eingereicht
Sachgebiet:	O - Anträge mit Organisationsbezug

Der Landesparteitag möge beschließen:

- 1 Der Landesverband Bremen und Bremerhaven möge in den Bundesverband folgende
- 2 Änderung einbringen:
- 3 Die Beitragstabelle soll für eine Entlastung der Mittelschicht angepasst werden.
- 4 Nach Anpassung soll ein Aufruf an alle Mitglieder verschickt werden, sich auf den
- 5 Mindestbeitrag zu prüfen und, wenn möglich, mehr zu geben.
- 6 Als Diskussionsgrundlage soll folgende Tabelle genutzt werden:

Monatliches Nettoeinkommen Monatlicher Mindestbeitrag im Bezug zum
Nettoeinkommen Mitglieder ohne Einkommen & Transferleistungsbeziehende 1,50€ Unter
900€ 1% 900-1500€ 1,5% Über 1500€ 2%

Begründung

DIE LINKE soll eine Arbeiter*innenpartei sein. Jedoch sind die Mitgliedsbeiträge exorbitant hoch, vor allem im Vergleich mit anderen Parteien, was Erwerbstätige oft abschreckt. Die Auswirkungen davon sind in unserer Demografie zu erkennen. Der vorliegende Vorschlag würde die Beiträge angemessener machen, was die Barriere zum Eintritt für sehr viele Menschen der unteren- und mittleren Mittelschicht verringern würde, und es wird einfacher sich an die Tabelle zu halten, wodurch die Gesamteinnahmen aus den Beiträgen sogar steigen könnten. Zudem wird Mitgliedern weniger von ihrem ohnehin schon niedrigen Einkommen abverlangt.

Würde die o.g. Tabelle eingeführt: Für jemanden mit Mindestlohn würde der Beitrag von 55€ (was sich doch niemand leisten kann) auf 34€ sinken. Der Beitrag von jemandem mit 2400€ Netto würde von 96€ auf 48€ sinken.

Antrag L 01-1 -01: Änderungsantrag zu L 01-1

Änderungsantrag zu L 01-1

Antragsteller/in:	LAG Bildung
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	L - Leitantrag

Der Landesparteitag möge beschließen:

Zeile 10

- 3 Die Bürgerschaftswahl 2027 fällt in eine Zeit, in der viele Menschen in Bremen und
4 Bremerhaven von Krisen betroffen sind. Preissteigerungen, Kriege und geopolitische
5 Unsicherheit sowie das unsoziale Agieren der Bundesregierung, die bislang im
6 Wesentlichen nur nach oben entlastet, haben Pessimismus, Armutsrisiken,
7 verteilungspolitische Schieflagen und konkrete Existenzängste verstärkt. Gerade in
8 diesen Zeiten muss die öffentliche Hand ein Garant für soziale Gerechtigkeit sein.
9 Wir wollen, dass niemand im Regen stehen bleibt. Wir wollen Probleme nachhaltig und
10 zukunftsorientiert lösen und wissen, wo wir ansetzen können. Wir wollen ein Bildungssystem,
das diesem Anspruch von Beginn an gerecht wird! In den vergangenen
11 sieben Jahren haben wir für genau diesen Anspruch als Teil der ersten rot-grün-
12 roten Koalition in Westdeutschland gekämpft - wir sind mit den Aufgaben gewachsen
13 und treten für unsere Ziele 2027 gestärkt zur Bürgerschaftswahl an.

Begründung

Das Thema "Bildung" muss zu Beginn des Leitantrags ob seiner großen Bedeutung Erwähnung finden.

Antrag L 01-2 -01: Änderungsantrag zu L 01-2

Änderungsantrag zu L 01-2

Antragsteller/in:	LAG Bildung
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	L - Leitantrag

Der Landesparteitag möge beschließen:

Zeile 37 - 38

35 Zu einem guten Zuhause gehört auch eine lebenswerte Umgebung mit allem, was wir für
36 das tägliche Leben brauchen. Dazu gehören (bezahlbare) Supermärkte, soziale
37 Treffpunkte, gute Kitas und Schulen, Spielplätze, Jugendfreizeit-~~und~~, Kultur-, Freizeit- und
Aufenthaltssorte ~~auch für~~ auch für
38 ältere Menschen - genauso wie die medizinische Versorgung, Beratungsangebote und der
39 Bürger-Service der Stadt. Darüber hinaus sind lebenswerte Stadtteile fit für den
40 Klimawandel, sie sind verkehrsberuhigt („Bewohnerparken“, Tempo-30-Zonen) und
41 ausgestattet mit Bäumen und Grünflächen, die bei Hitze helfen, Wohngebiete
42 abzukühlen und bei starken Regenfällen zur Versickerung beitragen („Schwammstadt“).
43 Wir denken Politik grundsätzlich von den Menschen und ihrer konkreten
44 Lebensumgebung her und wollen sie gemeinsam mit ihnen gestalten - also aus der
45 Perspektive der Stadtteile bzw. Quartiere. Konkret fordern wir eine deutliche
46 Steigerung der Finanzierung von sozialen Projekten, Begegnungs- und Beratungsorten
47 in den Stadtteilen sowie die Intensivierung des Ansatzes, Gesundheits- und
48 Hebammenzentren und kommunale MVZs (medizinische Versorgungszentren) aufzubauen.
49 Menschen sollen so die Chance erhalten, die soziale Infrastruktur der Quartiere
50 mitzugestalten - bei Nachbarschaftstreffs, Quartiers-Cafés, Jugendprojekten,
51 Sozialkaufhäusern und Serviceleistungen. Außerdem fordern wir - so wie die Berliner
52 Linke - die Etablierung von „Nachbarschaftskantinen“, in denen für kleines Geld
53 Essen aufgetischt wird.

Begründung

Kitas, Schulen und Kultur gehören zur "lebenswerten Umgebung"!

Antrag L 01-2 -02: Änderungsantrag zu L 01-2

Änderungsantrag zu L 01-2

Antragsteller/in:	LAG Bildung
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	L - Leitantrag

Der Landesparteitag möge beschließen:

Zeile 87

- 87 ~~Gute Bildung und gute Arbeit sind die Grundlage für Vieles, aber nicht für Alles.~~
88 Wir wollen lebendige Stadtgesellschaften, mit Angeboten für Engagement, Raum für
89 Diversität und offene Debatte. In einer solidarischen Stadtgesellschaft vergessen
90 wir nie diejenigen, die am verletzlichsten sind. Denn die Stärke einer Gesellschaft
91 misst sich daran, wie sie mit den vermeintlich Schwächsten umgeht.

Begründung

Dieser Satz irritiert; er stellt einen merkwürdigen Widerspruch zwischen Arbeit/Bildung auf der einen Seite und den davon Ausgeschlossenen auf der anderen Seite her.

Antrag L 01-2 -03: Änderungsantrag zu L 01-2

Änderungsantrag zu L 01-2

Antragsteller/in:	LAG Bildung
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	L - Leitantrag

Der Landesparteitag möge beschließen:

Zeile 66 - 71

- 60 Armut ist per se ein Problem, das gerade in reichen Ländern nicht sein muss und
61 nicht sein darf. Armut befördert Krankheit, Stigma und Isolation und beraubt damit
62 Kindern in besonderem Maße Möglichkeiten der Bildung und damit ihrer
63 Zukunftschancen. Soziale Sicherheit und soziale Gerechtigkeit fangen auch beim
64 Bildungssystem an. Schon in Kitas braucht es ein gutes Angebot, das nicht nur
65 Betreuung bedeutet, sondern Lernen befördert. Deshalb wollen wir das Angebot
66 ausweiten und gerade im U-3-Bereich Plätze ausbauen und neue Zugänge schaffen. Kleinere
Kita-Gruppen ~~verkleinern, besonders~~ in benachteiligten Stadtteilen. ~~Die im~~
~~Schulsystem angelegte soziale Spaltung wollen wir aufheben und werden deshalb eine~~
~~Verlängerung des Schulkonsenses nicht mehr mittragen. Das Gymnasium als Ort der~~
~~Segregation läuft aus! Wir wollen Gemeinschaftsschulen, die allen Kindern gerecht~~
~~werden – egal ob hochbegabt, mit Behinderung oder geflüchtete~~ sind zudem notwendige
Voraussetzung für bessere Chancen der Kinder ~~mit-~~
71 ~~Sprachförderungsbedarf –~~ und ihrer Familien. Die im Schulsystem angelegte soziale Spaltung
wollen wir aufheben und werden deshalb eine Verlängerung des Schulkonsenses nicht mehr
mittragen. Das Gymnasium als Ort der Segregation läuft aus! Wir wollen inklusive
Gemeinschaftsschulen, die allen Kindern in ihrer Individualität gerecht werden - und die
damit Ausgangspunkt für ein solidarisches
72 gesellschaftliches Miteinander sind.

Begründung

inhaltliche Schärfung

Antrag A 02 -08: Änderungsantrag zu A 02

Änderungsantrag zu A 02

Antragsteller/in:	Christian Gloede (OV Bremen-West · Nr. 3604)
Status:	eingereicht
Sachgebiet:	A - Anträge an den Parteitag

Der Landesparteitag möge beschließen:

Zeile 36

- 22 Auch der deutsche Staat verschärft die Mittel der Herrschaft. Die materielle Aufrüstung des Militär- und Sicherheitsapparats geht mit dem Ausbau seiner Befugnisse einher. Alexander Dobrindt möchte eine stärkere Überwachung, der BND soll ausgebaut werden. Verschiedene Bundesländer haben sich mit Palantir eine Datenanalysesoftware des Trump-Freundes Peter Thiel angeschafft. Neben dem Ausbau von Repressionsmöglichkeiten beobachten wir auch eine Umformung des gesellschaftlichen Konsens. Nachdem seit Jahren gegen Migrant*innen, Arbeitslose, Transmenschen mobilisiert wird, werden nun auch stärker Arbeiter*innen in den Fokus genommen: Friedrich Merz wird nicht müde zu betonen, dass Arbeiter*innen sich wieder kaputt arbeiten sollen. Unter dem verschärften Aufrüstungskurs sei kein Geld für Sozialausgaben da, was drastische Einschnitte bei Renten, Krankenversicherungen und Bildungsförderungen nötig mache. Nebeneffekt: Arbeiter*innen können sich ausschließlich mit ihrem Überleben beschäftigen und den Herrschenden nicht in ihre Politik reinreden. Junge Menschen sollen wieder in Uniformen gesteckt werden und
- 36 ihr Leben riskieren, um ~~deutsche~~ im Wesentlichen deutsche und internationale Macht- und Kapitalinteressen abzusichern.

Begründung

es geht im Wesentlichen um Interessen des (internationalen) Kapitals, unwesentlich um Verteidigungsfähigkeit...

Antrag A 02 -09: Änderungsantrag zu A 02

Änderungsantrag zu A 02

Antragsteller/in:	Christian Gloede (OV Bremen-West · Nr. 3604)
Status:	eingereicht
Sachgebiet:	A - Anträge an den Parteitag

Der Landesparteitag möge beschließen:

Zeile 55

- 55 • Verstaatlichung von Rüstungsindustrien, auch zum Zwecke e der Konversion.

Begründung

warum die konversion streichen?

Antrag A 08 -01: Änderungsantrag zu A 08

Änderungsantrag zu A 08

Antragsteller/in:	Christian Gloede (OV Bremen-West · Nr. 3604)
Status:	eingereicht
Sachgebiet:	A - Anträge an den Parteitag

Der Landesparteitag möge beschließen:

Zeile 1 - 2

- 1 Senator*innen und Fraktion der Partei werden aufgefordert, ~~sich~~ in ihren jeweiligen Verhandlungen alle Möglichkeiten auszuschöpfen, der weiteren
- 2 Militarisierung Bremerhavens entgegenzutreten und diese weitgehend zu
~~widersetze~~verhindern. Stattdessen fordern wir: Lenkend sind dabei folgende Forderungen:

Begründung

Diese Formulierung ermöglicht auch Verhandlungserfolge.

Antrag W 01: Antragsfristen Wahlprogramm

Antragsteller/in:	Landesvorstand
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	W - Wahlprogramm

Der Landesparteitag möge beschließen:

- 1 Für den Parteitag zum Beschluss des Wahlprogramms gelten abweichende Fristen für
- 2 die Einreichung von Anträgen und Änderungsanträgen. Die Frist für die Einreichung
- 3 des Leitantrags (Wahlprogramm-Entwurf) beträgt 8 Wochen vor dem Parteitag. Die
- 4 Frist für die Einreichung von Änderungsanträgen beträgt zwei Wochen vor dem
- 5 Parteitag.

Begründung

Das Wahlprogramm ist ein ungleich längerer Antragstext als sonstige Antragslagen zu Parteitag. Daher sollten wir uns allen mehr Zeit zur Bearbeitung der Anträge und aber auch der Änderungsanträge einräumen. Insbesondere für die Antragskommission und den Landesvorstand als Antragsteller des Wahlprogramm-Entwurfs wird es ansonsten nahezu unmöglich, eingehende Änderungsanträge angemessen zu bearbeiten und nach Möglichkeit Anträge zu übernehmen bzw. Einigungen mit Antragstellenden zu erreichen.